

Entwicklungen & Trends 2013

Wie viel Holz braucht der Wald? – Vom Überfluss in die Knappheit

von László Maráz

2013 feierte die deutsche Forstwirtschaft das 300jährige Jubiläum der »Nachhaltigkeit«. Damals, zu Beginn des 18. Jahrhunderts, war der Großteil der deutschen Wälder entweder stark übernutzt oder abgeholzt. Der sächsische Oberberghauptmann Hans Carl von Carlowitz erkannte, dass der Raubbau am Wald auf Kosten zukünftiger Generationen erfolgte. Als Antwort auf seine Diagnose formulierte er 1713 in seinem Buch »Sylvicultura oeconomica«¹ ein Gegenrezept: Es sollte nicht mehr Holz geerntet werden als nachwächst. Das war die Geburtsstunde des Nachhaltigkeitsbegriffs in der Forstwirtschaft und der Beginn einer Therapie gegen den Raubbau. Heute müssen wir feststellen, dass wir fast vor dem gleichen Problem stehen. Während der Holzbedarf steigt, nehmen die Waldflächen weltweit ab.

**Manifest für
Nachhaltigkeit
im Wald**

Patentrezept stößt an seine Grenzen ...

Das Konzept, weniger Holz zu ernten als nachwächst, ist schlüssig und gilt als Beweis für die Nachhaltigkeit einer Forstwirtschaft. So wie man jedem einen nachhaltigen Umgang mit Geld bescheinigen würde, der weniger Geld vom Konto abhebt, als er monatlich zur Verfügung hat. Erster Beweis: In den vergangenen Jahrzehnten wurde im deutschen Forst tatsächlich weniger Holz eingeschlagen als jährlich nachwuchs. Inzwischen soll der Prozentsatz bei etwa 93 Prozent liegen. Bei einem Monatseinkommen von 2.000 Euro könnte man immerhin fast 1.700 Euro pro Jahr ansparen.

Zweiter Beweis: Die Holzvorräte sind weiter angestiegen und liegen heute mit etwa 330 Kubikmetern Holz pro Hektar Waldfläche auf dem höchsten Stand seit vielen Jahrzehnten. Solche Zahlen sind für viele Akteure Grund genug, sich für eine weitere, wenn auch moderate Steigerung des Holzeinschlags auszusprechen. Dass unsere Wälder von Natur aus zwei bis drei Mal höhere Holzvorräte hätten, wird gerne übersehen.

Längst müsste auch jenen Politikern, Energieholznutzern oder Waldbesitzern, die eine Steigerung der Holznutzung befürworten, klar sein, dass sich verschiedene Branchen schon heute um den nachwachsenden Rohstoff streiten, weil das Holz knapp wird. Das ist gut für Waldbesitzer, doch Sägewerker, Papierhersteller und Kraftwerksbetreiber wollen natürlich möglichst wenig Geld für das Holz bezahlen und steigender Bedarf führt zu höheren Preisen. Und wenn

**Der Wettlauf ums Holz
ist im vollen Gange**

sich zum Beispiel Vertreter des Bundesverbandes Bioenergie wegen befürchteter Engpässe beim Holzangebot gegen weitere Schutzgebiete im Wald aussprechen, beweist es doch nur, dass sich die Akteure einer Sache bewusst sind: Die Grenzen des Wachstums sind längst erreicht, wenn nicht gar überschritten.

... und erfordert mehr Dialog und neue Lösungsansätze

Dialogplattform Waldbiodiversität gegründet

Um einen zu hohen Nutzungsdruck auf unsere Wälder zu vermeiden, hat das Forum Umwelt und Entwicklung ein neues Verbändeprojekt zur Waldpolitik gestartet. Die Verbände- und Dialogplattform »Waldbiodiversität lebensraumtypisch erhalten, fördern, entwickeln und vernetzen« wird vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) gefördert und will dazu beitragen, negative Auswirkungen des Nutzungsdruckes auf die biologische Vielfalt und Leistungsfähigkeit der Wälder zu mindern und ihre Funktion als CO₂-Senke und ihre Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel zu stärken. Das Projekt soll mit der Diskussion der aktuellen Erkenntnisse im Rahmen von Fachgesprächen, Kurzstudien und Workshops zur Klärung wichtiger und umstrittener Fragestellungen beitragen. Beteiligt werden Akteure der verschiedenen gesellschaftlichen Interessengruppen (Umweltverbände, Verbände der Waldbesitzer, aus Forst- und Holzwirtschaft, Wissenschaft, Politik).

So sollen sich die Beteiligten auf Fachtagungen und Exkursionen austauschen, um Zielkonflikte zwischen energiepolitischen Zielen und Biodiversitätszielen zu diskutieren und Lösungsstrategien und -schritte auf dem Weg zu einer nachhaltigen Holzherzeugung bei gleichzeitiger

Aufwendige Kontrollen und gefälschte Zertifikate

Erste Erfahrungen mit dem neuen FLEGT-Aktionsplan gegen illegalen Holzhandel

Seit März 2013 ist eine neue EU-Verordnung in Kraft getreten, die den illegalen Handel mit Holz eindämmen soll. Europäische Händler müssen nun von Lieferanten einen Nachweis verlangen, dass das Holz nicht illegal abgeschlagen wurde. Das erste freiwillige Partnerschaftsabkommen im Rahmen des FLEGT-Aktionsplans (Forest Law Enforcement, Governance and Trade)³ wurde im Herbst 2013 mit Indonesien unterzeichnet. Indonesien ist der größte asiatische Exporteur von Holz und Holzprodukten in die Europäische Union.

Holz und Holzprodukte aus Indonesien müssen künftig ein unabhängiges Kontrollsystem durchlaufen, bevor sie nach Europa exportiert werden dürfen. So soll gewährleistet werden, dass bei der Erzeugung indonesische Rechtsvorschriften eingehalten wurden und kein illegal geschlagenes Holz nach Europa ausgeführt wird. Die EU will das Land dabei unterstützen, die bestehenden Kontrollsysteme besser und effektiver zu gestalten.

Zuständig für die Kontrolle ist die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE). Die Behörde nahm im August 2013 wegen des Verdachts auf Verstöße gegen die EU-Holzhandelsverordnung Wenge-Holzstämmen aus der Demokratischen Republik Kongo in Verwahrung. Die

detaillierten Untersuchungen ergaben, dass das Holz offensichtlich illegal eingeschlagen wurde und somit nicht vermarktet werden kann. Daher wird dieses Holz jetzt nach dem Holzhandels-Sicherungs-Gesetz (HolzSiG) beschlagnahmt.

Im besagten Fall kaufte eine schweizerische Firma das Holz von einer kongolesischen Firma und verkaufte es anschließend an deutsche Käufer weiter, die damit Marktteilnehmer nach dem HolzSiG sind und entsprechende Sorgfaltspflichten zu erfüllen haben. Der Verdacht, dass das Holz aus illegalem Einschlag stammen könnte, gründete sich im Wesentlichen auf Auffälligkeiten in den offiziell ausgestellten kongolesischen Zertifikaten, mit denen zusammen mit anderen Dokumenten der Ursprung der Holzstämmen nachgewiesen werden sollte. Folglich nahm die BLE die betroffenen Lieferungen in Verwahrung.

Ein zwischenzeitlich eingegangenes Schreiben des kongolesischen Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Tourismus, das die Legalität des Holzes bescheinigen sollte, stellte sich als Fälschung heraus. Damit ist von einer illegalen Herkunft der Wenge-Holzstämmen auszugehen und das in Verwahrung genommene Holz wird eingezogen. Es wird danach zu Marktpreisen veräußert, die Erlöse gehen in die Staatskasse.

Wahrung von mehr Naturnähe und Naturschutz im Wald zu entwickeln. Dass die Aussichten auf einen konstruktiven Dialog gut sind, zeigte sich schon beim ersten Workshop, der im November 2013 in Berlin stattfand und an dem sich zahlreiche Akteure über mögliche Grenzen der Holznutzung informieren und austauschen konnten. Ziel war es auch, ein besseres Verständnis für die jeweiligen Konzepte und Sorgen der jeweils anderen Akteure (Holzwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz) zu entwickeln. Im Folgenden werden auch einige der besprochenen Inhalte dargestellt.

Der Wald ist kein Sparbuch! – Auch der Wald braucht sein Holz

Wälder haben zwar seit jeher eine gewisse »Sparbuch-Funktion«, denn als Waldbesitzer kann man jahrelang auf Holzernte verzichten und schlägt erst dann Holz, wenn man das Geld für größere Anschaffungen braucht. Als Ökosystem sind Wälder aber etwas völlig anderes als ein Sparkonto. Im Unterschied zu den Sparzinsen beziehen Wälder ihren Zuwachs aus dem Standort: Gesunde, nährstoffhaltige Waldböden, schadstoffarme Niederschläge, ein auskömmliches Klima und nicht zuletzt die Vielfalt der Organismen und deren Zusammenwirken im Ökosystem Wald sind Voraussetzung für das Baumwachstum.

Mit jeder Holzernte werden dem Wald Nährstoffe entzogen. Verwitterung von Gesteinen und Nährstoffeinträge aus der Luft liefern einen gewissen Nachschub und auf guten Bodenstandorten stehen ausreichend viele Nährstoffe für die nächste Baumgeneration zur Verfügung. Da Wälder aber meist auf ärmeren Standorten der Mittelgebirge (Granite, Gneise, Kalk- und Sandsteine) stehen, ist das Angebot eher knapp. Zudem haben Übernutzungen vergangener Jahrhunderte die Nährstoff- und Humusvorräte teilweise so stark abgesenkt, dass viele Wälder heute noch darunter leiden und nur langsam wachsen. Zwar wurden und werden auch Wälder im Zuge der Industrialisierung durch Stäube, Schwefel und Stickstoffeinträge gewissermaßen gedüngt. Doch die Nebenwirkungen führten zu weiteren Schäden (Waldschäden durch sauren Regen, Bodenversauerung).

Auch heute sind wegen der hohen Stickstoffeinträge zwei Effekte zu beobachten: Die Zufuhr von Stickstoff regt zum einen das Wachstum von Bäumen an. Doch gleichzeitig nehmen sie mehr Kalium, Magnesium und Phosphor auf, sodass dem Standort mit der Holzernte viel mehr von diesen knappen Nährstoffen entzogen werden kann, als dies normalerweise der Fall wäre. Der zweite Effekt: Ein bedeutender Anteil der Stickstoffverbindungen wird in Form von (sauren) Nitraten über das Grundwasser abgeführt. Damit werden aber gleichzeitig auch viele andere (basische) Pflanzennährstoffe (Magnesium und Kalium) ausgeschwemmt, sodass der Waldboden verarmt.

Weitere und massive Nährstoffverluste entstehen dadurch, dass immer häufiger neben dem Stammholz auch Äste, Zweige und Rinde aus dem Wald gefahren werden. Diese Teile der Bäume sind aber um ein Vielfaches nährstoffreicher als das Holz, sodass der Export von Pflanzennährstoffen mit zunehmender Biomassenutzung extrem stark zunimmt. Zwar sind solche Nutzungsformen noch nicht flächendeckend zu beobachten. Doch durch den Bau etwa von Biomasseheizkraftwerken steigt der Druck, Baumkronen und anderes Kleinholz zu verbrennen. Dem Wald drohen damit drastische Zuwachsverluste.

Nach Jahrzehnten des scheinbaren Überflusses hat die Nachfrage nach dem nachwachsenden Rohstoff Holz deutlich zugenommen. Wichtige Treiber dieser Entwicklung sind unter anderem die Aktionspläne zur Förderung Erneuerbarer Energien (Biomasseaktionsplan für Deutschland, Erneuerbare-Energien-Gesetz, Marktanzreizprogramm). Für Holz wird ein hohes Nutzungspotenzial insbesondere für die energetische Verwertung gesehen. Zunehmende Nachfrage gibt es auch bei der stofflichen Nutzung, bei der – ausgehend vom ohnehin hohen Verbrauch (z. B. für Papier) – nicht nur der Einsatz von Holz als Baustoff gefördert werden soll, sondern auch andere Holzbestandteile stärkere Verwendung finden dürften (Zellstoff, Lignin).

Ein zu hoher Holzverbrauch kann durch eine nachhaltige Waldnutzung in Deutschland nicht mehr gedeckt werden. Schon heute wirkt sich beispielsweise der Energieholzboom an vielen Stellen negativ auf den Wald aus. Die walddtypische biologische Vielfalt besteht zu großen Anteilen aus Lebewesen, die sich von lebenden und abgestorbenen Pflanzenteilen ernähren. So sind manche holzbewohnende Pilz- und Käferarten inzwischen so selten geworden, dass sie

**»Guthaben« an
Nährstoffen begrenzt**

**Massive
Nährstoffverluste durch
»Restholzverwertung«**

**Steigende Nachfrage
nach Holz**

nur noch an wenigen Stellen im Wald vorkommen. Manche Arten sind inzwischen häufiger in Parkanlagen zu finden, weil im Wirtschaftswald die allermeisten Bäume frühzeitig gefällt werden und daher nicht alt werden und verrotten dürfen, sodass der Lebensraum für viele Arten schlichtweg fehlt.

Auch Totholz ist wichtig für den Wald

Selbst das stehende oder liegende Totholz ist wichtiger für den Wald, als gemeinhin bekannt ist. Neben seiner Eigenschaft als Biotopholz wirken große verrottende Baumstämme auch als eine Art Klimaanlage. In trockenen, heißen Sommerwochen kühlen und befeuchten sie das Waldinnenklima, da in ihnen große Mengen Wasser gespeichert sind. Dass sie mit dieser Eigenschaft für viele Amphibien (Salamander, Froschlurche) und Schnecken überlebenswichtige Refugien sind, sollte ein Grund mehr sein, diese Hölzer nicht abfällig als Totholz oder gar »Waldrestholz« zu bezeichnen. Im Wald gibt es keine Reste oder Abfälle

Neuer Druck auf Forstwirtschaft

Waldnutzung trotz Einschlagstopp

Greenpeace-Aktivisten haben mit zahlreichen Aktionen in verschiedenen Waldgebieten für Bewegung in der Forstpolitik gesorgt. Schon zu Jahresbeginn dokumentierten sie im Spessart Holzeinschläge in Buchenwäldern, die von den »Bayerische Staatsforsten« (BaySF) bewirtschaftet werden.² Zwar spricht nichts gegen die Ernte von Buchen, doch für die über 180 Jahre alten Althölzer hatten die BaySF im Juni 2012 nach Greenpeace-Protesten einen Einschlagstopp verhängt. Dennoch wird in einigen dieser Wälder weiter eingeschlagen. Damit riskiert man die Entwertung von Beständen, die für eine Unterschutzstellung in Frage kommen können. Für viele der walddtypischen und seltenen Arten ist besonders die Habitattradition wichtig. Jede Unterbrechung durch Holzeinschlag wirft die natürliche Waldentwicklung um Jahrzehnte zurück. Weitere Aktionen wurden in Hessen (z. B. im Reinhardswald) und Niedersachsen (z. B. im Soling) durchgeführt. Hessenforst bezeichnete die Aktionen als Verleumdungskampagne.

Will man die biologische Vielfalt in Wäldern bewahren und dazu neue Schutzgebiete ausweisen, wäre es eigentlich logisch, die älteren, wertvolleren Waldbestände so lange vor weiterem Holzeinschlag zu verschonen, bis über ihre Schutzwürdigkeit entschieden ist. Hierzu müsste auch eine Übersicht über die in Frage kommenden Waldgebiete erstellt werden. Doch selbst im öffentlichen Wald werden Daten über dessen Alter und Qualität unter Verschluss gehalten. Greenpeace protestierte dagegen, dass mit Bayern, Hessen und Niedersachsen einige Landesforstverwaltungen der Öffentlichkeit diese Informationen vorenthielten.

Daten unter Verschluss

Greenpeace beobachtet seit Jahren eine zunehmend zerstörerische Bewirtschaftung alter Buchenwälder, wie z. B. einen steigenden Holzeinschlag und die Einbringung nichtheimischer Arten wie Douglasien. Um die weitere Zerstörung der Bürgerwälder in Deutschland zu verhindern, ist eine Datengrundlage notwendig. Greenpeace hatte daher die Anfragen zum Zustand ökologisch wertvoller Buchenwälder an die Bundesländer gestellt.

Trotz mehrfacher Nachfrage gaben Hessen und Bayern, unter der Verantwortung der Forstminister Lucia Puttrich (CDU) und Helmut Brunner (CSU), keine Auskunft und auch die alte Landesregierung Niedersachsens hatte die Herausgabe der Daten verweigert. Nachdem die Organisation diese Länder verklagt hatte, gab die neue rot-grüne Landesregierung Niedersachsens im Herbst die Daten frei.

Klage gegen das Land Bayern abgewiesen

In Bayern wurde die Klage gegen das Land Bayern abgewiesen. Das Verwaltungsgericht Regensburg begründete das Urteil damit, dass die geforderten Einzelbestandsdaten der wertvollen alten Buchenbestände nicht vorliegen würden. Die Begründung ist nicht nachvollziehbar: Denn ohne die von Greenpeace angefragten, genauen Daten zu alten Buchenwäldern würde den BaySF jegliche fachliche Grundlage zur Bewirtschaftung, aber auch zum Schutz der Wälder fehlen. Dies wäre bei einem großen Forstunternehmen wie den BaySF nicht nur höchst verwunderlich, sondern auch extrem fahrlässig. »In Bayern können sich die Bürger nicht darauf verlassen, dass die alten Buchenwälder bei den Bayerischen Staatsforsten in guten Händen sind. Dass ein großes Forstunternehmen wie die BaySF sich weigert, Daten nach dem Umweltinformationsgesetz (UIG) zur Verfügung zu stellen, zeigt, dass hier ›von oben‹ blockiert wird«, sagt Martin Kaiser, Wald- und Klimaexperte bei Greenpeace. Greenpeace fordert für 90 Prozent der Bürgerwälder eine ökologisch nachhaltige Nutzung. Außerdem sollen zehn Prozent der öffentlichen Wälder aus der Nutzung genommen werden, um Urwälder von morgen entstehen zu lassen.

Nachhaltige Forstwirtschaft definiert sich im Wald

Wie sieht es eigentlich im deutschen Wald aus, im Jahr 300 der Nachhaltigkeit? Geht man nach dem Bundeswaldgesetz, scheint alles in bester Ordnung: In Paragraph 1 heißt es, der Wald sei wegen seines »wirtschaftlichen Nutzens (Nutzfunktion) und wegen seiner Bedeutung für die Umwelt, insbesondere für die dauernde Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, das Klima, den Wasserhaushalt, die Reinhaltung der Luft, die Bodenfruchtbarkeit, das Landschaftsbild, die Agrar- und Infrastruktur und die Erholung der Bevölkerung (Schutz- und Erholungsfunktion) zu erhalten, erforderlichenfalls zu mehren und seine ordnungsgemäße Bewirtschaftung nachhaltig zu sichern«.

Doch wer hinterfragt, wie die Erhaltung des Waldes nun genau zu geschehen hat und wie all die Funktionen des Waldes erfüllt werden sollen, sucht vergeblich nach konkreten Antworten. Denn eine auch für den Praktiker im Wald anwendbare brauchbare Definition der Nachhaltigkeit gibt es bestenfalls ansatzweise. Vertreter von Verbänden der Forstwirtschaft und des Waldbesitzes weigern sich nach wie vor, sich klare Regeln für ihr wirtschaftliches Handeln aufzuerlegen.

Doch um sicherzustellen, dass unser Wald trotz all der Anforderungen gesund und erhalten bleibt, reichen unkonkrete Texte in Gesetzen und Verordnungen nicht aus. Der vielzitierte Grundsatz, weniger einzuschlagen als nachwächst, ist nur ein scheinbarer Beweis für die Nachhaltigkeit einer Forstwirtschaft. Damit Wälder ihre vielfältigen Funktionen dauerhaft erfüllen können, müssen die vielerorts zu beobachtenden Übernutzungstendenzen verhindert werden. Kahlschläge, Vollbaum- und Ganzbaumnutzung, Düngung (wegen der Vollbaum- und Ganzbaumnutzung), Gifteinsatz, flächige Befahrung des Waldbodens mit schweren Maschinen und aktives Einbringen nicht standortheimischer oder genetisch veränderter Bäume dürfen im Rahmen einer wirklich naturnahen, nachhaltigen Waldbewirtschaftung im öffentlichen Wald nur extreme Ausnahmen sein. So brauchen die Waldböden ausreichende Mengen an Nährstoffen, damit die Wälder auch in Zukunft gut wachsen können. Dazu müssen wir aber viel mehr Holz im Wald liegen lassen, anstatt im Zuge der Biomassenutzung die nährstoffreichen kleineren Äste, Zweige, Rinde und Nadeln zu verheizen. Auf den vielen nährstoffärmeren Waldstandorten dürften wir wohl höchstens die Hälfte des Zuwachses nutzen, doch heute werden schon 30 Prozent Nutzungsverzicht als Luxus dargestellt. Solange eine fachgerechte Waldnutzung nicht klar definiert und gesetzlich verankert wird, werden viele Waldnutzer mit der Frage alleingelassen, welcher Nutzungsgrad ihrem Wald noch gut tut. Die Definition einer – nach Wuchsregion und Standort angepassten – »Guten Fachlichen Praxis« würde hier 300 Jahre nach Erfindung der Nachhaltigkeit für mehr Klarheit und Betriebssicherheit sorgen und ist mehr als überfällig.

Dabei sind über die Hälfte der deutschen Wälder in öffentlicher Hand, als Staats- oder Körperschaftswald. Der öffentliche Wald ist der Wald aller Bürgerinnen und Bürger und laut Bundesverfassungsgericht dem Gemeinwohl in besonderer Weise verpflichtet. Gemeinwohl wird generell als Gegenbegriff zu Partikularinteressen von Einzelpersonen oder Gruppen verstanden. Was dem Gemeinwohl unterliegt, soll allen Menschen dienen. Und unsere Gesellschaft hat vielfältige Ansprüche an den Wald: Dieser dient uns als Ort der Erholung, der Ruhe und des Sports, reinigt Luft und Wasser, ist Lebensraum für unsere heimische Tier- und Pflanzenwelt, Speicher von Kohlenstoff und nicht zuletzt Lieferant des vielseitigen Rohstoffs Holz.

Das 300jährige Jubiläum der forstlichen Nachhaltigkeit bot die Chance, unser Handeln außerhalb des Waldes nach der natürlichen Leistungsfähigkeit der Waldökosysteme auszurichten. Doch Stimmen, die zur Mäßigung aufrufen, sind stets in der Minderheit. Im Zuge der Förderung Erneuerbarer Energien ist vor allem der Verbrauch an Energieholz so stark angestiegen, dass inzwischen vor allem die stofflichen Holzverbraucher wegen gestiegener Preise und befürchteter Lieferengpässe die Abschaffung steuerlicher Privilegien und finanzieller Förderung fordern. Mit reduziertem Mehrwertsteuersatz für Brennholz und Marktanzreizprogrammen, die beispielsweise den Kauf von Holzheizungen fördern, haben Energieholzkäufer einen Wettbewerbsvorteil, der angesichts knapper Ressourcen nicht sinnvoll sein kann. So weist die Arbeitsgemeinschaft Rohholzverbraucher (AGR) darauf hin, dass inzwischen mehr als die Hälfte des gesamten Holzaufkommens (v. a. Waldholz und Altholz) verbrannt wird. Obwohl auch Sägewerke und Papierindustrie über knappe Holzmengen klagen, propagiert man beim Bundesverband Bioenergie (BBE) weiterhin Wachstum und setzt auf steigende Umsatzzahlen

**Gute
Fachliche Praxis ...**

**... für viele
ein rotes Tuch**

**Mehr als die Hälfte
der Wälder in
öffentlicher Hand**

**Chancen noch
ungenutzt**

der Branche. Hinweise auf die Knappheit und Grenzen der Verfügbarkeit werden achtlos übergangen, obwohl man das Problem längst erkannt hat.

Nachholbedarf in Sachen Waldnationalparks

**Auch kleinere
Schutzgebiete
sind wichtig**

Seit Jahren engagieren sich Anwohner, Umweltverbände und viele andere Menschen in einigen Regionen für die Schaffung neuer Waldnationalparks. Dabei sind Nationalparks nur die größten und bekanntesten Schutzgebiete im Wald. Sie erfüllen aber gleichzeitig auch weitere Funktionen für Bildung und Tourismus. Die zahlreichen kleineren und mittelgroßen Schutzgebiete sind wichtiger Bestandteil einer umfassenden Strategie zur Bewahrung der biologischen Vielfalt im Wald. Auch in Naturwaldreservaten, Naturschutzgebieten und Kernzonen von Biosphärenreservaten wird durch Aufgabe der Holzwirtschaft natürliche Waldentwicklung ermöglicht. Der NABU erklärt in seinem Papier *Natürliche Waldentwicklung bis 2020 – Förderung eines Netzwerks der »Urwälder von morgen«* auf anschauliche Weise, wie das Schutzgebietssystem aussehen könnte.⁴ Aktuell gibt es verschiedene Initiativen, die sich für die weitere Einrichtung von Nationalparks in Deutschland einsetzen. Hier ein Überblick vom Norden bis in den Süden der Republik:

- In Ostwestfalen-Lippe wird zwischen Bielefeld, Detmold und Paderborn ein Nationalpark vorgeschlagen, mit dem wertvolle Gebiete der Regionen Senne, Eggegebirge und dem besonders geschichtsträchtigen Teutoburger Wald geschützt werden sollen.⁵
- Die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Saarland wollen in der Region des Hunsrücks einen gemeinsamen Waldnationalpark von mehr als 10.000 Hektar Fläche ausweisen. Das Gebiet Hochwald-Idarwald befindet sich östlich von Trier. Die Chancen hierfür stehen gut.⁶
- In Nordbayern engagiert sich vor allem der Bund Naturschutz für den Nationalpark Steigerwald. In einem gut 10.000 Hektar großen Gebiet könnten vor allem verschiedene Buchenwaldgesellschaften geschützt werden. Da sich die Bayerische Staatsregierung strikt weigert, den Nationalpark einzurichten, dürfte das Ringen um dieses wichtige Schutzgebiet noch andauern.⁷
- In Baden-Württemberg wurde inzwischen der Nationalpark Nördlicher Schwarzwald vom Landtag per Gesetz beschlossen. Neben dem Freundeskreis Nationalpark Schwarzwald hatte sich u. a. der NABU dafür engagiert. Im knapp über 10.000 Hektar großen Waldgebiet im Raum zwischen Baden-Baden und Freudenstadt sollen vor allem die für deutsche Mittelgebirge vergleichsweise hoch gelegenen Bergmischwälder unter gesetzlichen Schutz gestellt werden.⁸
- In den Bayerischen Alpen wird zwischen Garmisch-Partenkirchen, Füssen und der Zugspitze ein insgesamt 23.000 Hektar großes Gebiet als Nationalpark Ammergebirge vorgeschlagen. Hier befinden sich vergleichsweise alte naturnahe Fichtenwälder und Bergmischwälder. Das Gebiet reicht bis in die Berggipfel an der Grenze zu Österreich.⁹

Da es in Deutschland aber erst wenige Nationalparks gibt, die bei Weitem nicht alle wichtigen Waldökosysteme berücksichtigen können, ist die Einrichtung neuer Großschutzgebiete wie Nationalparks eine sinnvolle Aufgabe.

Anmerkungen

- 1 Hans Carl von Carlowitz: *Sylvicultura oeconomica*. Neu herausgegeben J. Hamberger. München 2013.
- 2 Nähere Infos zu der Buchenwald-Kampagne von Greenpeace finden sich im Internet unter: www.greenpeace.de/themen/waelder/urwaldschutzgebiete/artikel/buchenwaelder_kampagne_die_wichtigsten_publicationen/.
- 3 <http://ec.europa.eu/environment/forests/flegt.htm>.
- 4 www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/wald/130201-nabu-waldentwicklung.pdf
- 5 <http://www.nationalpark-senne-eggegebirge.de/>.
- 6 <http://www.nationalpark.rlp.de>
- 7 <http://www.bund-naturschutz.de/themen/wald/steigerwald.html>
- 8 <https://pro-nationalpark-schwarzwald.de>
- 9 www.initiative-nationalpark-ammergebirge.de



László Maráz

Koordinator der vom BfN geförderten Verbände- und Dialogplattform zur Waldbiodiversität sowie der AG »Wälder« des Forums Umwelt & Entwicklung.
Forum Umwelt & Entwicklung
Marienstraße 19–20, 10117 Berlin
E-Mail: maraz@forumue.de